

PRESSEINFORMATION

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Bearbeiterin
Christiane Conzen

E christiane.conzen@staedtetag-bw.de
T 0711 22921-48
F 0711 22921-42

Az 047.43 - P 377/2021 · Co

21.01.2021

Städte in Baden-Württemberg haben Homeoffice-Angebot stark aus- gebaut

Stuttgart. Der Anteil der mobilen Büro-Arbeitsplätze in den baden-württembergischen Stadtverwaltungen hat sich in den vergangenen zwölf Monaten versechsfacht. Das hat eine kurzfristige Umfrage des Städtetags zum Ausbau von Homeoffice ergeben, an der sich 103 von 190 Städtetagsmitgliedern beteiligt haben.

Der Fokus der Umfrage lag auf den Arbeitsplätzen in den Kernverwaltungen der Städte, denn dort eignen sich viele der Arbeitsplätze grundsätzlich zumindest teilweise für Homeoffice.

Als Homeoffice-Arbeitsplätze gelten alle Arbeitsplätze, bei denen Homeoffice möglich ist, ungeachtet des tatsächlichen zeitlichen Anteils von Homeoffice am jeweiligen Arbeitsplatz.

Etwas mehr als die Hälfte (55 Prozent) der städtischen Arbeitsplätze befinden sich in der Kernverwaltung. Davon eignen sich wiederum drei Viertel (73 Prozent) ganz oder teilweise für die Arbeit zu Hause.

Von den sich für Homeoffice eignenden Arbeitsplätzen in der Kernverwaltung waren 11 Prozent schon vor Beginn der Corona-Pandemie (Stand: Februar 2020) Homeoffice-Arbeitsplätze. Durch den Ausbau in der Corona-Pandemie ist dieser Anteil auf inzwischen 67 Prozent gestiegen. Auch beim restlichen Drittel (33 Prozent) ist das gegebenenfalls noch möglich.

„Die Stadtverwaltungen haben also innerhalb kurzer Zeit und unter schwierigen Rahmenbedingungen die Zahl an Homeoffice-Arbeitsplätzen stark erhöht und wollen sie noch weiter ausbauen“, sagte Gudrun-Heute-Bluhm, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags Baden-Württemberg mit Blick auf die Umfrageergebnisse.

Förderlich für den Ausbau von Homeoffice sind elektronische Aktenführung und flexible Regelungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Motivation durch die Verwaltungsspitze. Für eine gute IT-Infrastruktur brauchen die Verwaltungen ausreichend Finanzmittel.

– Verzögerungen beim Homeoffice-Ausbau ergeben sich dagegen durch Lieferengpässe bei der IT-Ausstattung oder durch schlechte Breitbandversorgung. Als hinderlich wurden ungeeignete gesetzliche Regelungen beim Datenschutz und Arbeitsschutz sowie gesetzliche Formvorschriften genannt, zum Beispiel persönliches Erscheinen etc.

– „Anpassung genau in diesen Punkten wären gut geeignet, das mobile Arbeiten auszubauen. Daneben wünschen sich unsere Mitglieder steuerliche Anreize durch den Gesetzgeber oder konkrete Förderprogramme für den Homeoffice-Ausbau“, berichtet Gudrun Heute-Bluhm.

– „Wir freuen uns sehr über diese Fortschritte in den Rathäusern“, sagte sie weiter. „Im Zusammenspiel von weiteren Schritten in der Digitalisierung der Verwaltung, durchdachten Regelungen, einer offenen Kommunikation, flexiblen Arbeitszeiten und dem Vertrauen der Verwaltungsspitze in ihre Mitarbeiterschaft kann das Konzept Homeoffice in der Verwaltung dauerhaft gelingen und integriert werden. Wir freuen uns alle auf die Zeit, wo wir uns wieder sorglos persönlich begegnen können, denn das ist wichtig und nicht durch Monitore zu ersetzen. Aber Homeoffice wird nun hoffentlich breit und dauerhaft die Formen unseres heutigen Arbeitens ergänzen.“

Einer möglichen Homeoffice-Pflicht erteilte sie eine klare Absage: „Wir brauchen jetzt keine Verordnungen, die das Thema unnötig bürokratisieren oder verpflichtend regeln wollen. Vertrauen wir darauf, dass mobiles Arbeiten überall dort zunimmt, wo wir es denen, die es anbieten können, nur so einfach wie möglich machen.“